

# ZEW NEWS

Forschungsergebnisse · Veranstaltungen · Veröffentlichungen

Sonderausgabe SEEK-Konferenz 2014



Hans Eichel



Thomas Piketty



Vítor Gaspar



Nils Schmid



Hans Peter Grüner

Namhafte Referenten wie Hans Eichel, Thomas Piketty, Vítor Gaspar, Nils Schmid und Hans Peter Grüner trugen auf der vierten SEEK-Konferenz Mitte Mai 2014 am ZEW vor. Neben ihren Einzelvorträgen diskutierten unter anderem Franziska Brantner, Guiseppe Bertola, Karl Pichelmann und Kai Konrad im Rahmen einer Podiumsdiskussion.

## Vierte SEEK-Konferenz am ZEW – Public Finance and Income Distribution in Europe

Am 15. und 16. Mai 2014 konnte ZEW-Präsident Clemens Fuest rund 150 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlichen Institutionen zur vierten SEEK-Konferenz am ZEW begrüßen. In diesem Jahr beschäftigte sich die Veranstaltung mit dem Thema „Public Finance and Income Distribution in Europe“.

In seiner Eröffnungsansprache erläuterte Clemens Fuest die diesjährige Themenwahl. Die Schuldenkrise im Euroraum sei mitnichten gelöst, sagte der ZEW-Präsident. Dies habe Folgen für die Einkommensentwicklung und die Einkommensverteilung aller Bürger in Europa. Während beispielsweise das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland wachse, schrumpfe in Italien die Wirtschaft. Aber nicht nur zwischen EU-Mitgliedern, sondern

auch innerstaatlich gebe es ein Wohlstandsgefälle. Vor diesem Hintergrund würden bei der auf zwei Tage angelegten SEEK-Konferenz Fragen diskutiert, die unmittelbar Einfluss auf diese Entwicklungen hätten, etwa das Für und Wider einer Fiskalunion und die Rolle Europas in einer zunehmend globalisierten Welt.

Sodann gab Fuest einen Überblick über das Programm der Konferenz. Während der erste Konferenztag vor allem die interessierte Öffentlichkeit ansprechen wolle, stünden am zweiten Tag wissenschaftliche Fachbeiträge im Fokus. Als Hauptredner des ersten Tages begrüßte der ZEW-Präsident den ehemaligen deutschen Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, den ehemaligen Finanzminister Portugals, Vítor Gaspar sowie den derzeitigen Finanz- und Wirtschaftsminister von Baden-Württem-

berg, Nils Schmid. Nach deren Vorträgen, so Fuest, stehe bei einer Podiumsdiskussion die Frage im Mittelpunkt, wie die europäische Fiskalunion ausgestaltet sein müsse, damit sie gut funktioniere. Als Diskutanten begrüßte der ZEW-Präsident Franziska Brantner, Mitglied des Deutschen Bundestags, Karl Pichelmann von der Europäischen Kommission sowie Guiseppa Bertola, Professor an der Business School in Nizza, und Kai Konrad, Direktor des Max-Planck-Instituts für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen in München.

### Handlungsalternativen für Europa

Für den zweiten Konferenztag kündigte Fuest eine lebhaftere Debatte zwischen Hans Peter Grüner, Professor an der Univer-

sität Mannheim, und Thomas Piketty von der Paris School of Economics an. Piketty, dessen Buch „Capital in the Twenty-First Century“ auf den internationalen Bestsellerlisten weit oben rangiert, werde insbesondere die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich thematisieren, während Grüner aktuelle Reformen in Europa aus einer institutionenökonomischen Perspektive heraus beleuchten werde.

Fuest dankte Nils Schmid in seiner Funktion als Finanz- und Wirtschaftsminister und Repräsentanten des Landes Baden-Württemberg, für die Finanzierung des SEEK-Forschungsprogramms durch das Land. Er umriss nochmals die Ziele des SEEK-Programms, Politik und Wirtschaft Handlungsalternativen für die vielfältigen Herausforderungen aufzuzeigen, denen sich Europa gegenwärtig gegenübersehe.

#### Strengthening Efficiency and Competitiveness in the European Knowledge Economies (SEEK)

Das Forschungsprogramm SEEK des ZEW unterstützt die internationale Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern aller ökonomischen Disziplinen. Es wird vom Land Baden-Württemberg finanziert und ist ein Beitrag zur Förderung der wirtschaftswissenschaftlichen Spitzenforschung in Europa. Durch SEEK werden Forschungsprojekte zu Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit wissenschaftlicher Volkswirtschaften in der EU gefördert. Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa ist der Bedarf an ökonomischer Sachkenntnis und unabhängiger, wissenschaftlich



fundierter Politikberatung höher denn je. Darum steht im Jahr 2014 die Krise im Fokus der SEEK-Projekte. Seit dem Start des SEEK-Forschungsprogramms in der zweiten Jahreshälfte 2010 hat das ZEW zahlreiche Forschungsprojekte auf den Weg gebracht. Insgesamt 35 Projekte, die von ZEW-Wissenschaftlern in enger Kooperation mit international renommierten Forschern bearbeitet werden, kamen in der ersten, zweiten, dritten und vierten Vergaberunde zum Zug. Im April 2014 ist die fünfte Vergaberunde für Projekte, die im Rahmen von SEEK gefördert werden, angelaufen. Sechs der 26 eingereichten Projektanträge wurden bewilligt. Weitere Informationen finden sich unter: [www.seek.zew.eu](http://www.seek.zew.eu)



Franziska Brantner (Mitte), Hans Eichel (links außen), Vitor Gaspar (dritter von links) und Nils Schmid (zweiter von rechts) bereicherten die vierte SEEK-Konferenz mit ihren Beiträgen. Die Hausherren am ZEW: Thomas Kohl (zweiter von links) und Clemens Fuest (rechts außen).

# Europa stärken – Hans Eichel über die kommenden Herausforderungen für die EU

Hans Eichel sprach bei der diesjährigen SEEK-Konferenz über die Rolle Deutschlands und die weitere Entwicklung der Europäischen Union (EU). Er bezeichnete die Vertiefung der Zusammenarbeit innerhalb der EU als unumgänglich und plädierte dafür, sich vom nationalstaatlichen Denken zu lösen und gemeinsam nach außen aufzutreten.

Der ehemalige deutsche Bundesfinanzminister Hans Eichel, er hatte dieses Amt in den Jahren von 1999 bis 2005 inne, wies in seinem Vortrag nachdrücklich darauf hin, dass die weitere Vertiefung der EU in den nächsten Jahren ein zentrales Anliegen sein müsse. In einem geeinten Europa müssten die einzelnen Staaten bereit sein, auf Einschränkungen des freien Handels oder der Freizügigkeit zu verzichten, denn die EU basiere auf gleichen Rechten für alle ihre Mitglieder. Auch wenn sich die einzelnen Mitgliedstaaten mit unterschiedlicher Geschwindigkeit entwickelten, müssten alle in gleichem Maße beteiligt werden, forderte Eichel.

## Mehr Kompetenzen für das EU-Parlament

Die Beteiligung erfolge maßgeblich über das Europäische Parlament. Dessen Kompetenzen gelte es zu stärken. Daher brauche das Parlament das Recht, Eigenmittel zu erheben und selbst zu verwalten. Als beratende Instanz für das EU-Parlament erachtet der frühere Bundesfinanzminister einen europäischen Branchendialog als dringend notwendig. Dieser böte nationalen Eliten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eine Plattform, um sich auszutauschen und die Entscheidungsfindung im Parlament mit ihrer Fachkompetenz zu unterstützen.

Verstärkte Integration ist für Eichel aber mehr als nur die Stimmen aller EU-Mitgliedstaaten zu hören. Der nächste Schritt sei die Abgabe bestimmter Kompetenzen, die sich derzeit noch in der Hand der Nationalstaaten befänden, an die europäischen Institutionen. An erster Stelle nannte er hier eine gemeinsame europäische Arbeitslosenversicherung, die im Krisenfall als eine Art automatischer Stabilisator dienen könne. Hier müsse sich insbesondere Deutschland seiner Rolle als Integrationsmotor der EU bewusst werden und die südeuropäischen Staaten schon heute nach Möglichkeit bei der Bekämpfung von Problemen, wie der Jugendarbeitslosigkeit, unterstützen.

## Größerer Einfluss durch gemeinsame Außenpolitik

Auch außenpolitisch sieht der ehemalige Bundesfinanzminister viele Vorteile in einem geeinten Europa, das er als die größte Wirtschaftsmacht der Erde bezeichnete. Bei Themen von globaler Tragweite, wie dem Klimawandel oder Wirtschaftskrisen, könne eine Organisation wie die EU mit einer viel kräftige-

ren Stimme sprechen als dies die Nationalstaaten alleine könnten. So ließe sich in internationalen Organisationen vermehrt Einfluss auf die Entscheidungsfindung nehmen. Dazu sei allerdings erforderlich, dass sich die europäischen Staaten bei Problemen, die sie direkt beträfen, wie etwa die Krise in der Ukraine, auf eine gemeinsame Position verständigten. Grundsätzlich hält er eine europäische Außenpolitik für erforderlich, die den Dialog insbesondere mit den Nachbarstaaten im Osten, aber auch mit den Anrainerstaaten des Mittelmeers in Afrika, suchen müsse. Als eine logische Konsequenz einer gemeinsamen Außenpolitik sprach sich Eichel auch für das Zusammenlegen der nationalen Streitkräfte zu einer gemeinsamen europäischen Armee aus. So ließe sich ein weiteres Zeichen für den Frieden in einem geeinten Europa setzen.



Der ehemalige Bundesfinanzminister Hans Eichel forderte bei der diesjährigen SEEK-Konferenz mehr Kompetenzen für die EU und eine erhöhte Integrationsbereitschaft ihrer Mitgliedsstaaten.

# Nils Schmid plädiert für eine inhaltliche und institutionelle Neuausrichtung der EU

Baden-Württembergs Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid thematisierte die Vertrauenskrise, in der sich die Europäische Union (EU) zurzeit befinde. In seinem Vortrag zeigte er Wege auf, um diese zu überwinden.

Die globale Finanz- und Schuldenkrise habe die EU in den vergangenen Jahren zu einer Aneinanderreihung von Notmaßnahmen gedrängt, sagte Schmid zum Auftakt seines Vortrags. Dadurch seien wichtige Grundsatzfragen zur Zukunft der EU vertagt worden und viele Menschen zweifelten nun an der politischen Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft. Die EU müsse sich inhaltlich und institutionell neu ausrichten, um das Vertrauen ihrer Bürgerinnen und Bürger zurück zu gewinnen. In einem ersten Schritt müssten die europäischen Strukturen demokratischer werden, forderte Schmid. Um das EU-Parlament zu einer voll funktionsfähigen Legislative auszubauen, brauche es ein Initiativrecht und ein stärkeres Kontrollrecht gegenüber der EU-Kommission. Außerdem müsse die EU-Kommission zu einer europäischen Regierung ausgebaut werden, sagte Schmid. Gleichzeitig erfordere allerdings das Subsidiaritätsprinzip, dass die Einflussmöglichkeiten der nationalen Parlamente auf europäischer Ebene gestärkt würden. Aber auch inhaltlich müsse sich die EU weiterbewegen. So müsse als wichtige Konsequenz aus der Schuldenkrise die Wirtschafts- und Finanzpolitik in Zukunft auf europäischer Ebene koordiniert werden, sagte Schmid. Der auf den Weg gebrachte Fiskalpakt sei ein wichtiger Eckpfeiler für eine europäische Fiskal- und Wirtschaftsunion. Ferner sei mit der Bankenunion der richtige Weg eingeschlagen worden. Da einige EU-

Mitgliedsländer eine gewaltige Schuldenlast zu tragen hätten, müsse die EU ein gemeinsames Altschuldenmanagement anstreben. Ein Schuldentilgungsfonds könnte hierfür ein geeignetes Instrument sein. Ein solcher Fonds, so Schmid, könne durch eine gemeinsame Steuerpolitik in Europa finanziert werden. „Wir brauchen eine gemeinsame verpflichtende Besteuerung großer Vermögen und einen europaweiten Kampf gegen Steuerbetrug. Beispiele hierfür sind die Erweiterung der EU-Zinsrichtlinie, die Finanztransaktionssteuer und die verstärkte europaweite Steuerharmonisierung“, sagte Schmid zum Abschluss seiner Rede.



Thomas Kohl (links), kaufmännischer Direktor des ZEW und ZEW-Präsident  
Clemens Fuest (rechts) begrüßen Nils Schmid (Mitte) am ZEW.

## Podiumsdiskussion – Eine gemeinsame Fiskal- und Schuldenpolitik in Europa

Wie muss eine europäische Fiskalunion ausgestaltet sein, um die Schuldenkrise im Euroraum wirksam eindämmen und künftige Krisen vermeiden zu können. Darüber debattierten Franziska Brantner, Guiseppe Bertola, Karl Pichelmann und Kai Konrad.

In einer von Friedrich Heinemann, Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft am ZEW, moderierten Podiumsdiskussion machten die Diskutanten zunächst klar, welche nach ihrem Dafürhalten die Grundpfeiler einer europäischen Fiskalunion sein müssen.

Franziska Brantner, Mitglied des Deutschen Bundestags, sprach sich für eine stärkere haushaltspolitische Integration in Europa aus, die jedoch demokratisch legitimiert sein müsse.

Ein EU-Finanzkommissar, der die Macht habe, einem Mitgliedstaat das Schuldenmachen zu untersagen, müsse vom EU-Parlament kontrolliert werden und dieses müsse gegebenenfalls von einem Vetorecht Gebrauch machen können. Brantner mahnte darüber hinaus ein besseres Schuldenmanagement in Europa an und griff hierzu den Vorschlag des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zur Schaffung eines Schuldentilgungsfonds auf. Alle nationalen Verbindlichkeiten, die über dem 60-Prozent-Level des EU-Stabilitätspakts lägen, sollten demnach von den Staaten der Eurozone in einen gemeinsamen Schuldentilgungsfonds eingebracht werden. Die Zinslast besonders hoch verschuldeter Staaten würde sich dadurch deutlich verringern. Die Teilnahme an einem sol-

chen Fonds könne allerdings nur unter der Auflage erfolgen, dass die Staaten nicht nur die Zinszahlungen für ihren jeweiligen Anteil an den Schulden des Fonds leisteten, sondern auch einen vorab festgelegten jährlichen Beitrag zur Schuldentilgung.

Karl Pichelmann, EU-Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, erinnerte daran, dass die Einführung des Euro mit der Hoffnung auf eine stärkere fiskalische Integration der teilnehmenden Länder verbunden gewesen sei. Diese Erwartung habe sich jedoch angesichts der europäischen Schuldenkrise, die noch lange nicht ausgestanden sei, als Irrglaube erwiesen. Seit der Einführung der Gemeinschaftswährung liefen die nationalen fiskalpolitischen Regelungen noch stärker auseinander als zuvor. Zudem hätten die nationalen Parlamente, aber auch die EU-Institutionen viel zu lange ignoriert, dass Krisen auftreten könnten wie etwa die jüngste Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise, kritisierte Pichelmann. Er lobte jedoch wichtige institutionelle Reformen wie zum Beispiel die ersten Schritte hin zu einer europäischen Bankenunion und die Implementierung des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM, der überschuldete EU-Staaten durch Notkredite und Bürgschaften unterstützt. Darüber hinaus sprach sich Pichelmann für ein größeres EU-Budget aus. Dies werde derzeit allerdings durch die nationalen Parlamente blockiert – aus Angst vor eigenem Souveränitätsverlust.

### **Verschuldung und fehlende Haushaltsdisziplin haben das Vertrauen der Bürger erschüttert**

Giuseppe Bertola, Professor an der EDHEC Business School in Nizza, ging besonders auf das Problem des Moral Hazard ein. Darunter wird die Versuchung verstanden, sich risikoreicher zu verhalten, weil Dritte das Risiko absichern. Mit Blick auf die europäische Schuldenkrise liege das mit Moral Hazard beschrie-

bene Fehlverhalten darin, dass sich einige Staaten auf Kosten anderer Staaten viel zu hoch verschuldet hätten. Dadurch sei das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU tief erschüttert worden. Deshalb müsse nun alles getan werden, um Moral Hazard in Zukunft zu verhindern. Der einzige Weg, um moralisch richtiges Verhalten zu erreichen – d.h. eine überbordende Verschuldung einzelner Länder zu verhindern – liege darin, dass alle Länder die von der EU gesetzten Spielregeln akzeptierten und aus eigenen pragmatischen Überlegungen heraus für richtig erachteten. Drohungen und Sanktionen seien nicht der richtige Weg, um Europa zusammenzuhalten, sagte Bertola. Als mögliches Vorbild, von dem die EU lernen könne, nannte er die Schweiz. Hier lebten Volksgruppen zusammen, die unterschiedliche Sprachen und Kulturen hätten, die jedoch aus pragmatischer Einsicht einen Willen gefunden hätten, Misstrauen zu überwinden und sich auf gemeinsame Regeln zu verständigen.

Kai Konrad, Direktor am Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen, forderte schärfere Konsequenzen für Regierungen, die sich über den Stabilitäts- und Wachstumspakt hinwegsetzten. Die europäische Währungsunion könne nur so dauerhaft funktionieren. Nur wenn in wirtschaftlich normalen Zeiten ein weitgehend ausgeglichener Haushalt vorgelegt und eine Begrenzung der öffentlichen Schulden beachtet werde, könnten sich Spielräume ergeben, um in konjunkturell schwierigen Zeiten schuldenfinanzierte Konjunkturpolitik zu betreiben, sagte Konrad. Die EU habe in den vergangenen Jahren ihre Kompetenzen im Bereich der Fiskalpolitik stetig ausgebaut – ein gutes Beispiel sei hier das OMT-Programm. Die wirkliche Kontrolle über die Schuldenpolitik der nationalen Regierungen gehe damit jedoch nicht einher. Mit Blick auf die Zukunft zeigte er sich skeptisch, dass es der EU gelingen wird, verbindliche Vorgaben durchzusetzen, etwa in Form von Schuldenobergrenzen.



Es diskutierten Karl Pichelmann, Giuseppe Bertola, Moderator Friedrich Heinemann, Franziska Brantner und Kai Konrad (von links).

# Vítor Gaspar über die Finanzgeschichte der USA und ihre Lehren für Europa

Vítor Gaspar zog Parallelen zwischen der frühen Finanzgeschichte der Vereinigten Staaten und den aktuellen Problemen der Eurozone. Dabei ging er insbesondere auf die Frage ein, wie es Europa gelingen kann, eine stabile Finanzmarktarchitektur zu errichten und ein tragfähiges Schuldenmanagement zu etablieren.

Im Mittelpunkt des Vortrags von Vítor Gaspar standen zunächst die visionären Schritte, die der erste Finanzminister der USA, Alexander Hamilton, in den 1790er Jahren eingeschlagen hatte, um ein funktionierendes Finanzmarkt- und Bankensystem zu etablieren. Gaspar, Sonderberater der Banco de Portugal und ehemaliger Finanzminister Portugals, ging darauf ein, wie es Hamilton gelungen war, eine stärker zentralisierte Geldkontrolle in den USA durchzusetzen und die enorme Verschuldung in den Griff zu bekommen, die die junge Nation als Erbe des Unabhängigkeitskrieges belastete. „Alexander Hamilton hat in den USA die Grundlagen für einen modernen und robusten Finanzsektor gelegt. Es ist maßgeblich auf ihn zurückzuführen, dass das Land den Übergang von der drohenden Staatspleite zum weltweit kreditwürdigsten Emittenten von Staatsanleihen geschafft hat“, sagte Gaspar.

## Öffentliche Kreditwürdigkeit muss Priorität haben

Aus seiner historischen Analyse zog Gaspar in einem zweiten Schritt Schlussfolgerungen für die aktuellen Herausforderungen in der Eurozone. Zunächst, so Portugals ehemaliger Finanzminister, zeige die frühe Finanzgeschichte der USA, dass fiskal- und finanzpolitische Fragen eng mit politischen Auseinandersetzungen verknüpft seien. Dies bewahrheitete sich auch in der europäischen Staatschuldenkrise. Europa habe in dieser Auseinandersetzung allerdings bereits wichtige Erfolge erzielt. So nähmen etwa die als „six-pack“ und „two-pack“ bekannten Vereinbarungen zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts nationale Regierungen stärker in die Pflicht beim Abbau öffentlicher Defizite. Ein elementarer Fortschritt sei darüber hinaus durch den europäischen Fiskalpakt gelungen. Er ziele darauf ab, die europäischen Auflagen in nationale Kontrollrahmen zu überführen und erfülle dadurch das Primat der nationalen Politik.

Europa müsse seine Schulden abbauen und der öffentlichen Kreditwürdigkeit Priorität einräumen. Dies sei eine weitere Lektion aus der Geschichte, sagte Gaspar. Hamilton habe diese Notwendigkeit aus einer systemischen Sicht heraus erkannt. So habe er die staatliche Kreditwürdigkeit als eine Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität begriffen. Europa habe darüber hinaus noch ein weiteres Argument, um seine Schuldenlast zu verringern: „Ein jeder EU-Mitgliedsstaat benötigt eine souveräne Handschrift. Sie ist Grundlage eines robusten, gut funktionierenden und widerstandsfähigen Finanzsystems“, so Gaspar.

„In einfacheren Worten bedeutet dies, dass jedes EU-Mitglied in der Lage sein muss, sichere Anleihen zu begeben – sonst kann es keine Finanzstabilität in Europa geben.“

Eine weitere Lehre aus der US-Finanzgeschichte sei, dass nur ein aktives und weitsichtiges Schuldenmanagement langfristig zum Erfolg führe. Dies sei deshalb so wichtig, weil die Finanzmärkte stark von Erwartungen und Wahrnehmungen geprägt seien. Dies zeige auch das berühmte Statement von EZB-Präsident Draghi aus dem Jahr 2012. Draghis Ankündigung, die EZB



Vítor Gaspar (rechts) diskutiert mit ZEW-Wissenschaftlerin Katharina Richter.

werde alles tun, um den Euro zu bewahren, habe die Märkte beruhigt und entscheidend zur Stabilisierung der Schuldenkrise beigetragen, sagte der ehemalige Finanzminister Portugals.

Das Finanzsystem müsse robust und widerstandsfähig sein, schon allein weil Krisen und Fehlentwicklungen immer auftreten könnten, leitete der Ökonom die letzte Lektion aus Hamiltons Erfahrungen ab. Der institutionelle Rahmen für Haushaltsdisziplin und finanzielle Stabilität müsse so ausgestaltet sein, dass panische Reaktionen der Märkte eingedämmt würden. Dies sei Europa zu Beginn der Schuldenkrise nicht gelungen. Seither habe es allerdings erhebliche Fortschritte gegeben. Es bleibe dennoch viel zu tun. „Zwar gibt es viele Hindernisse und Verzögerungen bei der Einführung von neuen, besseren Maßnahmen. Sobald diese jedoch umgesetzt sind, werden sie mit großer Wahrscheinlichkeit stabil und von Dauer sein,“ zitierte Gaspar Alexander Hamilton zum Abschluss seines Vortrags.

# Hans Peter Grüner nimmt institutionelle Reformen für Europa in den Blick

Aus einer institutionenökonomischen Perspektive untersuchte Hans Peter Grüner aktuelle Reformprozesse in der Europäischen Union (EU). Im Mittelpunkt standen dabei Maßnahmen zur Lösung der Schuldenkrise in Südeuropa.

Die im Vertrag von Maastricht geregelte Aufgabenteilung der Europäischen Institutionen sei durch die Finanz- und Schuldenkrise aufgeweicht worden, stellte Hans Peter Grüner, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim, fest. Aufgrund der Krisen im Euroraum seien eine Reihe von Reformen „mit heißer Nadel gestrickt“ worden, die die EU zu einem sehr komplexen, stark vernetzten und teilweise undurchsichtigen Mechanismus gemacht hätten. Vor diesem Hintergrund verglich Grüner die Reformen der europäischen Institutionen mit dem Motor eines Flugzeugs. Auch dieser sei hochkomplex und schwer zu verstehen. Trotzdem verließen sich zu Recht täglich viele Menschen auf dieses Expertensystem. Anders als bei Flugzeugen üblich, habe die EU ihr institutionelles Regelwerk allerdings „mitten im Flug“ ausgetauscht. Damit sich die EU weiterhin „in der Luft halten könne“, wolle er, machbare Vorschläge aufzeigen, um das komplizierte EU-Rahmenwerk in kleinen Schritten zu vereinfachen und zu verbessern, sagte Grüner.

## Reformwille Südeuropas konterkariert

Als besonders problematisch im derzeitigen institutionellen Gefüge der EU erscheint ihm das im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) eingeführte OMT-Programm der Europäischen Zentralbank (EZB). Es könne sich kontraproduktiv auf den Reformwillen der unter besonderem Anpassungsdruck

stehenden südeuropäischen Länder auswirken, sagte Grüner. Durch die von der EZB gewährte Sicherheit, Staatspapiere von überschuldeten Staaten um jeden Preis anzukaufen, könnten einzelne Volkswirtschaften geneigt sein, notwendige Reformen ihrer Arbeitsmärkte und ihrer institutionellen Ordnungsrahmen zu unterlassen. Darüber hinaus kritisierte Grüner, dass die auf Druck der EU-Kommission lancierten fiskalischen und strukturellen Stabilisierungsmaßnahmen in den Reformländern zu Lasten der dortigen Bürger gingen. Dies müsse aber nicht der Fall sein. „Die Institutionenökonomik hat gezeigt, dass wachstumsstimulierende Reformen pareto-effizient sein können, das heißt, dass Reformen durchaus die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt verbessern können ohne dabei einzelne schlechter zu stellen“, sagte der Ökonom. Um Akzeptanz für die Reformen in Europa zu schaffen, sei es notwendig, die Reformverlierer zu kompensieren. So zeige beispielsweise die schrittweise Rücknahme einzelner Hartz-Reformen in Deutschland, etwa durch die Rente mit 63, dass sich Reformen langfristig nicht durchsetzen könnten, wenn sie diejenigen nicht ausreichend entschädigten, die durch die Maßnahmen benachteiligt würden. Am Beispiel der EU-Agrarreform des Jahres 2005 verdeutlichte Grüner, dass es in der EU durchaus auch Neuordnungen gegeben hat, die zu pareto-effizienten Ergebnissen geführt haben.

Um die Bürger in Südeuropa für arbeitsmarktpolitische Reformen zu gewinnen, schlug Grüner einen Ausgleichsmechanismus vor, den er anhand eines ökonomischen Modells erklärte. Die Arbeitsmarktreformen in Südeuropa würden zu Spillover-Effekten in anderen europäischen Ländern führen, sagte Grüner. So erzeuge die Liberalisierung im Süden Druck auf die Löhne im Norden, weshalb die Arbeitskosten dort sinken würden. Davon wiederum profitierten die Unternehmen im Norden. Sie könnten durch eine optimale Besteuerung zur Kompensation der Reformverlierer herangezogen werden, argumentierte Grüner.

Unter Rückgriff auf verschiedene wissenschaftliche Publikationen, etwa auf Arbeiten von Alesina und Drazen, nahm Grüner die Sanktionsmechanismen der EU in den Blick. Die Wissenschaft habe gezeigt, dass Strafmaßnahmen unter verschiedenen Prämissen kontraproduktiv für das betroffene Land seien. Dies gelte etwa für EU-Mitgliedsländer, die aus einer theoretischen Perspektive als Staaten mit starken Interessensgruppen und vergleichsweise schwachen Regierungen beschrieben werden könnten. Sie liefen Gefahr, durch Sanktionen aus Brüssel – etwa wegen zu hoher Neuverschuldung – ihre Haushaltsdefizite noch weiter zu vergrößern. Darüber hinaus stärke die Sanktion die Verhandlungsposition der Interessensgruppen gegenüber dem weiter geschwächten (verschuldeten) Staat, führte Grüner aus. Als Lösung dieses Dilemmas schlug der Ökonom vor, die EU mit Durchgriffsrechten auszustatten, sodass sie – und nicht der schwache Staat – über eine gerechte Besteuerung die Strafe einziehen könne.



Hans Peter Grüner machte Vorschläge, um das komplizierte EU-Rahmenwerk in kleinen Schritten zu vereinfachen.

# Capital in the 21<sup>st</sup> Century – Thomas Piketty über wachsende Ungleichheit

Thomas Piketty gab einen Überblick über die Kernthesen seines internationalen Bestsellers „Capital in the 21st Century“. Der Ökonom mahnte in seinem Vortrag an, die Geschichte der Vermögensverteilung nicht außer Acht zu lassen und plädierte für eine weltweite Steuer auf Vermögen.



Der Ökonom Thomas Piketty warnte vor dem weiteren Auseinanderdriften der Vermögensverhältnisse und den Folgen dieser Entwicklung.

Zum Auftakt seines Vortrags erläuterte Thomas Piketty, Professor an der Paris School of Economics, wie er über 15 Jahre lang gemeinsam mit anderen Ökonomen Einkommensdaten aus verschiedenen Ländern gesammelt habe. Dadurch sei die „World Top Incomes Database“ entstanden. Auf dieser Grundlage habe er die Wachstumsraten von verschiedenen Volkswirtschaften mit der Kapitalverzinsung verglichen. Zentral dabei seien die Betrachtung der Vermögen und deren Verteilung, anstatt der bloßen Feststellung von Einkommensungleichheiten, da Vermögen oft durch Erbschaften und nicht durch Gehälter und Renten entstünden. Aus seinen Analysen habe er die grundlegende Erkenntnis gewonnen, so Piketty, dass sich das Vermögen mehr und mehr auf eine kleine Gruppe von Personen konzentriere, solange die Kapitalrendite größer als das reale Wirtschaftswachstum sei. Ein Blick auf die letzten 40 Jahre zeige, dass die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung, in allen westlichen Staaten sowie in Japan, einen immer größeren Anteil am Vermögen einer Volkswirtschaft hätten. In einigen Perioden wachse das Vermögen der obersten zehn Prozent der Bevölkerung mehr als dreimal so schnell wie die reale Wirtschaft der Staaten. Pi-

ketty zog anhand dieser aktuellen Entwicklungen Parallelen zu der oligarchischen Gesellschaft, welche sich nach der industriellen Revolution gebildet hatte.

## Bruch durch den Ersten Weltkrieg

Die Konzentration des Reichtums in den Händen weniger Menschen sei durch den Ersten Weltkrieg aufgebrochen worden. Das Vermögen habe sich danach auf weite Teile der Bevölkerung verteilt. So habe sich in den Vereinigten Staaten die Einkommensungleichheit nahezu halbiert. In Europa sei die Ungleichheit zwischen arm und reich traditionell etwas geringer. Der zu Grunde liegende Trend sei aber kongruent. Das deutlich geringere Niveau der Ungleichheit konnte bis in die späten 1970er Jahre hinein gehalten werden. Seitdem, so Piketty, habe aber die Wachstumsrate der Kapitalverzinsung dauerhaft über dem realen Wirtschaftswachstum gelegen. Die Ende der 1970er Jahre einsetzende beschleunigte Kapitalakkumulation führt Piketty zu einem großen Teil auf eine Umstrukturierung der Wirtschaft zurück. Die Industrien in den westlichen Staaten und Japan seien sogenannte „slow growth societies“, denn in ihnen sei bereits ein großes Maß an Wohlstand erreicht, sagte der Ökonom. Die Struktur der Wirtschaft sei hier zunehmend kapitalintensiv. Dadurch würden sich heute weitaus mehr und komplexere Anlagemöglichkeiten für Kapital als noch im 19. Jahrhundert bieten. Ein weiterer Faktor für die einseitige Kapitalakkumulation seien aber auch die enormen Gehälter am obersten Ende der Einkommensverteilung sowie sinkende Spitzensteuern auf Kapital.

## Handlungsbedarf für die Regierungen

Piketty bewertet Ungleichheit nicht pauschal als schlecht. Sie sei durchaus notwendig, um Anreize zu setzen und Innovationen hervorzubringen. Dies gelte aber nur in einem gewissen Rahmen. Ein sehr hohes Maß an Ungleichheit sei dagegen eine Gefahr für die Demokratie, da diese so durch eine Erbesellschaft ersetzt werde und in eine Oligarchie der Vermögenden münden könne. Um dem entgegenzuwirken, brauche es eine Erbschaftsteuer und eine globale progressive Vermögensteuer, die durch einen permanenten Informationsaustausch der Banken gestützt werden müsse. Nach dem Ersten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre habe die Einkommen- und Erbschaftsteuer in vielen Ländern auf höherem Niveau gelegen als heute, sagte Piketty. Selbst in den Vereinigten Staaten habe es Spitzensteuersätze von über 80 Prozent gegeben. Erst mit deren Absenkung, sei ein erneuter Anstieg der Vermögensungleichheit zu erkennen gewesen. Auch dieser Trend lasse sich in allen westlichen Staaten und Japan erkennen. „Wenn man die Geschichte versteht, kann man die richtigen Schlüsse für die Zukunft ziehen“, gab Piketty am Ende seines Vortrags den Zuhörern mit auf den Weg.

## Wissenschaftliches Forum

Der zweite Konferenztage war ausschließlich der Wissenschaft vorbehalten. In drei Parallel Sessions stellten die Forscherinnen und Forscher unter dem Leitmotiv der Konferenz „Public Finance and Income Distribution in Europe“ insgesamt 42 wissenschaftliche Arbeiten vor und diskutierten diese miteinander.

In Paralell Session I wurde beispielsweise das Paper „An Unemployment Insurance Scheme for the Euro Area“ von Mathias Dolls, Clemens Fuest, Dirk Neumann und Andreas Peichl zur Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung vorgestellt. Die Wissenschaftler betrachteten verschiedene Alternativen, wie eine solche gemeinschaftliche Arbeitslosenversicherung ausgestaltet sein könnte. In Krisen könnte sie als ein automatischer Stabilisator dienen und würde zudem die fiskalische Integration in der Eurozone vorantreiben. Die Forscher kommen unter anderem zu dem Ergebnis, dass die Kosten der Implementierung dieser Versicherung relativ niedrig wären. Darüber hinaus könnte sie die Folgen von Wirtschaftskrisen durchaus abschwächen. Weitere Themen in dieser Session waren unter anderem Staatsschulden, Einkommensmobilität, Steuerprogression sowie Existenznot.

Auch in Paralell Session II wurde die Idee der Fiskalunion auf den Prüfstand gestellt und von verschiedenen Seiten beleuchtet. Aleksandra Zdzienicka und Davide Furceri fragten in ihrem Paper „The Euro Area Crisis: Need for a Supranational Fiscal Risk Sharing Mechanism?“, welche Wirkung ein gemeinsames Entstehen aller Staaten für ihre finanzpolitischen Risiken in der EU hätte. Auch sie kommen zu dem Schluss, dass schon ein relativ einfacher und kostengünstiger Stabilisierungsmechanismus eine große Wirkung gegen einen unerwarteten ökonomischen Abschwung hätte. Zudem beschäftigten sich die Wissenschaftler in Paralell Session II mit weiteren Fragen der Fiskalpolitik, der Wohlstandsverteilung, der Arbeitsmarktpolitik und einer optimalen Besteuerung.

In Paralell Session III wurden unter anderem Fragen der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die Fiskalpolitik in der Wirtschaftskrise, die Effekte von Umverteilung, Steuerinzidenz und Spitzensteuersätze thematisiert.

Der wissenschaftliche Diskurs in den drei Paralell Sessions bildete zugleich auch den Abschluss der diesjährigen SEEK-Konferenz. Das Programm der Sessions kann im Detail auf den folgenden Seiten nachgelesen werden.



Chrysa Leventi



Denisa M. Sologon



Álvaro A. Novo

## PARALLEL SESSIONS I

### EMU Unemployment Insurance

**Michal Horvath** (University of Oxford), Charles Nolan (University of Glasgow): Countercyclical Unemployment Benefits Under Incomplete Markets

**H. Xavier Jara** (Institute for Social and Economic Research, University of Essex), Holly Sutherland (Institute for Social and Economic Research, University of Essex): The Implications of an EMU Unemployment Insurance Scheme for Supporting Incomes

**Mathias Dolls** (ZEW, IZA, Bonn), Clemens Fuest (ZEW, University of Mannheim), Dirk Neumann (CORE, KU Leuven, IZA, Bonn), Andreas Peichl (ZEW, University of Mannheim): An Unemployment Insurance Scheme for the Euro Area

### Government Debt

**Benedicta Marzinotto** (University of Udine, currently seconded to European Commission, DG ECFIN): Euro Area Current Account Imbalances and Income Inequality

Erdost Torun (Institute of Economics, Academia Sinica, Taiwan), **Sine Kontbay-Busun** (Department of Economics, Dokuz Eylul University, Turkey): Causality Between Government Debt and Growth: Wavelet-Based Non-Parametric Granger Causality Analysis

**Dennis Wesselbaum** (University of Hamburg): Pro-Cyclical Debt as Automatic Stabilizer

### Income Mobility

**Martin Nybom** (Stockholm University, Swedish Institute for Social Research), Jan Stuhler (University College London, Centre for Research and Analysis of Migration): Interpreting Trends in Intergenerational Mobility

**Katharina Jenderny** (Free University of Berlin): Mobility of Top Incomes in Germany

**Jan Stuhler** (University College London, Centre for Research and Analysis of Migration): Mobility Across Multiple Generations: The Iterated Regression Fallacy

### Tax Progressivity

**Gerlinde Verbist** (Centre for Social Policy, University of Antwerp), Francesco Figari (University of Insubria, ISER – University of Essex): What Makes Personal Income Taxes Progressive? A Decomposition Across European Countries Using EUROMOD

**Hans A. Holter** (Uppsala University, UCFS), Dirk Krueger (University of Pennsylvania), Serhiy Stepanchuk (École Polytech-

nique Fédérale de Lausanne): How Does Tax Progressivity Affect OECD Laffer Curves?

**Salvador Barrios** (European Commission, Joint Research Centre, IPTS), Serena Fatica (European Commission, DG ECFIN), Diego Martinez (European Commission, Joint Research Centre, IPTS, Universidad Pablo de Olavide), Gilles Mourre (European Commission, DG ECFIN): Work-Related Tax Expenditures in the EU: Impact on Tax Revenues



Erwin Ooghe

### Inequality and Deprivation

Joseph Deutsch (Department of Economics, Bar-Ilan University, Israel), Anne-Catherine Guio (CEPS/INSTEAD, Luxembourg), Marco Pomati (School for Policy Studies, University of Bristol), **Jacques Silber** (Department of Economics, Bar-Ilan University, Israel, CEPS/INSTEAD, Luxembourg): Material Deprivation in Europe: Which Expenditures Are Curtailed First?

**Markus M. Grabka** (Sozio-oekonomisches Panel DIW Berlin, TU Berlin), Christian Westermeier (Sozio-oekonomisches Panel DIW Berlin): Income and Wealth Inequality After the Financial Crisis – the Case of Germany

Mathias Dolls (ZEW, IZA, Bonn), Karina Doorley (IZA, Bonn, CEPS/INSTEAD, Luxembourg), **Alari Paulus** (ISER, University of Essex), Hilmar Schneider (IZA, Bonn, CEPS/INSTEAD, Luxembourg): Decomposing Changes in Income Distribution in Europe in 2030

## PARALLEL SESSIONS II

### Fiscal Union

Manos Matsaganis (Athens University of Economics and Business), **Chrysa Leventi** (University of Essex): The Distributional Impact of Austerity and the Recession in Southern Europe

Davide Furceri (International Monetary Fund, Washington), **Aleksandra Zdzienicka** (International Monetary Fund, Washington): The Euro Area Crisis: Need for a Supranational Fiscal Risk Sharing Mechanism?

**Dirk Neumann** (CORE, KU Leuven, ZEW): Benefiting from a European 'Fiscal Union'? Redistribution vs. Stabilization

### Savings, Fiscal Policy and Risk

Christoph Basten (KOF Swiss Economic Institute, FINMA, Switzerland), **Andreas Fagereng** (Statistics Norway), Kjetil Telle (Statistics Norway): Saving and Portfolio Allocation Before and After Job Loss

and East European Economies), **Daniel Waldenström** (Department of Economics, Uppsala University): Inherited Wealth Over the Path of Development: Sweden, 1810–2010

Jacob Lundberg (Department of Economics, Uppsala University), **Daniel Waldenström** (Department of Economics, Uppsala University): Wealth Inequality and the Great Recession: Evidence from Sweden

### Optimal Taxation

Etienne Lehmann (CREST, Paris Centre for Law and Economics, Université Panthéon-Assas, Paris), **Laurent Simula** (Uppsala Center for Fiscal Studies, Department of Economics, Uppsala University), Alain Trannoy (Aix-Marseille Université, Aix-Marseille School of Economics): Tax Me if You Can! Optimal Non-linear Income Tax Between Competing Governments

**Erwin Ooghe** (Department of Economics, KU Leuven, IZA, Bonn, ZEW), **Andreas Peichl** (ZEW, University of Mannheim): Fair and Efficient Taxation Under Partial Control



Aleksandra Zdzienicka



Carmine Trecroci

**Sebastian Gechert** (Macroeconomic Policy Institute, Düsseldorf, Chemnitz University of Technology), Christoph Paetz (Macroeconomic Policy Institute, HWR Berlin), Paloma Villanueva (Macroeconomic Policy Institute, HWR Berlin): The Effects of Tax and Transfer Shocks on Output: Reassessing the German Case

**Daniel Harenberg** (ETH Zurich), Alexander Ludwig (CMR, Institute for Public Economics, University of Cologne, ZEW): Social Security and the Interactions Between Aggregate and Idiosyncratic Risk

### Wealth

**Philip Vermeulen** (Directorate General for Research and Innovation, Monetary Policy Research Division, European Central Bank): How Fat is the Tail of the Wealth Distribution?

**Henry Ohlsson** (Department of Economics, Uppsala University), Jesper Roine (Stockholm Institute of Transition Economics

and East European Economies), **Daniel Waldenström** (Department of Economics, Uppsala University): Inherited Wealth Over the Path of Development: Sweden, 1810–2010

### Labour Market Policies

**Denisa M. Sologon** (CEPS/INSTEAD, Luxembourg, Maastricht University/UNU-MERIT), Philippe Van Kerm (CEPS/INSTEAD, Luxembourg): Earnings Dynamics, Foreign Workers and the Stability of Inequality Trends in Luxembourg, 1988–2009

Mario Centeno (Banco de Portugal, University of Lisbon), **Álvaro A. Novo** (Banco de Portugal, University of Lisbon): Employment Protection, Segmentation and Wage Inequality in Portugal

Attila Lindner (UC Berkeley), **Balázs Reizer** (Central European University): Reemployment Bonus vs. Frontloading the Benefit: An Empirical Assessment



Sine Kontbay-Busun



Javier Olivera

## PARALLEL SESSIONS III

### Fiscal Consolidation

Eduardo Ley (World Bank, Washington), **Florian Misch** (ZEW): Real-Time Macro Monitoring and Fiscal Policy

Laurence Ball (Johns Hopkins University, Baltimore), **Davide Furceri** (International Monetary Fund, Washington), Daniel Leigh (International Monetary Fund, Washington), Prakash Loungani (International Monetary Fund, Washington): The Distributional Effects of Fiscal Consolidation

### Fiscal Policy and the Crisis

**Boris Cournède** (OECD, Paris), Antoine Goujard (OECD, Paris), Álvaro Pina (OECD, Paris): How to Achieve Growth- and Equity-

Friendly Fiscal Consolidation? A Proposed Methodology for Instrument Choice with an Illustrative Application to OECD Countries

Simone Salotti (Oxford Brookes University), **Carmine Trecroci** (University of Brescia): Can Fiscal Policy Mitigate Income Inequality and Poverty?

John Hills (CASE, London School of Economics), Alari Paulus (ISER, University of Essex), Holly Sutherland (ISER, University of Essex), **Iva Tasseva** (ISER, University of Essex): Lost Decade? Decomposing the Effect of Tax-Benefit Policy Changes on the EU Income Distribution in 2001–2011

### Taxing the Top

**Christian Frey** (University of Lucerne), Christoph Gorgas (University of Lucerne), Christoph A. Schaltegger (University of Lucerne, University of St. Gallen): The Long-Run Effects of Taxes and Tax Competition on Top Income Shares: An Empirical Investigation

**Fabian Kindermann** (University of Würzburg, Netspar, Tilburg), Dirk Krueger (University of Pennsylvania, CEPR, London): The Redistributive Benefits of Progressive Labour and Capital Income Taxation, or: How to Best Screw the Top 1%

**Max Löffler** (ZEW, University of Cologne), Sebastian Sieglöch (IZA, Bonn, ZEW): Property Taxes and Rental Housing

### Effects and Incidence of Taxation

**Charlotte Bartels** (Free University of Berlin), Nico Pestel (IZA, Bonn, ZEW): The Impact of Participation Tax Rates on Labour Supply Decisions

**Jörg Paetzold** (Department of Economics and Social Sciences, Salzburg Centre for European Union Studies, University of Salzburg), Hannes Winner (University of Salzburg, Austrian Institute of Economic Research): Unwilling, Unable or Uninformed to Cheat? Tax Evasion via (Quasi-) Self-Reporting in Austria

Clemens Fuest (ZEW, University of Mannheim), Andreas Peichl (ZEW, University of Mannheim), **Sebastian Sieglöch** (IZA, Bonn, University of Cologne): Do Higher Corporate Taxes Reduce Wages? Micro Evidence from Germany

### Level of Redistribution

**Javier Olivera** (IRSEI, University of Luxembourg): Preferences for Redistribution in Europe

Sebastian Findeisen (University of Mannheim), **Dominik Sachs** (University of Cologne): Designing Efficient Education and Tax Policies

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

### ZEW news Sonderausgabe

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim, L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)  
**Präsident:** Prof. Dr. Clemes Fuest · **Kaufmännischer Direktor:** Thomas Kohl

**Redaktion:** Kathrin Böhrer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [boehmer@zew.de](mailto:boehmer@zew.de)  
Julian Prinzler · Telefon 0621/1235-133 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [prinzler@zew.de](mailto:prinzler@zew.de)

**Fotos:** ZEW

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2014